



Generalstreik 1948

Nie wieder Krupp!

Norbert Nelte

Generalstreik 1948: Nie wieder Krupp!

- Norbert Nelte -

Das Beispiel der deutschen Arbeiterklasse 1948 ist mit eines der markantesten für die Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse und des Verrates der Sozialdemokratie und der stalinisierten KPD.

»Die Arbeiterdemokratie war eine Möglichkeit für die frühe Arbeiterklasse, die moderne hat sich die Interessen des Kapitals zu eigen gemacht und verhält sich daher antirevolutionär« wird heute von der Masse der Ex-Linken eingewendet, die sich trotzdem frecherweise weiter "Marxisten" nennen. Das Argumentationsmuster ist von den Sozialdemokraten bekannt. »Die Arbeiterrevolution ist nur etwas für die moderne Arbeiterklasse« wurde von den Reformisten während der russischen Revolution eingewendet. »Sie ist nur etwas für unterentwickelte Länder«, wurde von ihr während der Novemberrevolution in Deutschland 1918 behauptet. »Sie kommt nur in Frage für die frühe Arbeiterklasse« behauptet sie heute und mit ihr leider alle Ex-Linken!

Dabei gibt es genügend Beispiele, daß auch die moderne Arbeiterklasse derart gekämpft hat, daß das kapitalistische System ins Wanken geriet. Neben den Beispielen nach dem 2. Weltkrieg von DDR 1953, Ungarn 1956, Frankreich 1968, Portugal 1974 und Polen 1980 zeigt auch der Generalstreik in der Westzone 1948, daß eine moderne Arbeiterklasse sich dem objektiven Ziel der Arbeiterklasse mit der Forderung nach Sozialisierung der Betriebe nähern kann.

Das Bild der BRD ist wesentlich in diesen Tagen mitgeprägt worden. Einerseits mußten hier wesentliche Zugeständnisse der Arbeiterklasse gegenüber gemacht werden, um ihr die Inbesitznahme der Betriebe durch die alten Kapitalisten, auch der, die mit Hitler gemeinsame Sache gemacht hatten, schmackhaft zu machen. Daraus entstand das Modell der "sozialen" Marktwirtschaft. Sie wurde in diesen Tagen erkämpft und ist kein Geschenk von "Papa" Adenauer, wie uns dies die Bourgeoisie heute ständig weismachen will.

2 - Norbert Nelte

Andererseits wurde damals aus Angst vor der kämpfenden westdeutschen Arbeiterklasse das heute noch bestehende reformistische Korsett, daß die Basis in die reformistische Logik der "Sozialpartnerschaft" zwängen soll, zusammengezimmert. So müssen wir heute fragen, welche Umstände zu dem 1952 erlassenen Betriebsverfassungsgesetz (BVG) führten, dessen Aufgabe die Kontrolle der Arbeiterklasse ist. Die alten Bestimmungen aus dem Gesetz zu Ordnung der nationalen Arbeit von 1934 zur Sicherung der Kapitalbesitzermacht sind geblieben, die da sind: Gebot zur vertrauensvollen Zusammenarbeit und der Zwang zum ernststen Willen zur Einigung, Friedens- und Schweigepflicht und das Verbot politischer und parteipolitischer Betätigung. Ein Zitatvergleich soll die Geistesverwandtschaft der beiden Gesetze im Hinblick auf die Unterordnung unter das Kapital hier aufzeigen:

1934 heißt es:

»Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebs, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat.«¹

1952 heißt es im § 2:

»Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten im Rahmen der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohl des Betriebes und seiner Arbeitnehmer unter Berücksichtigung des Gemeinwohles zusammen«²

Ob also Faschismus oder liberale Demokratie, beides mal muss das gleiche Interesse dahinter stehen, das des großen Geldes. In dem BVG 1972 wurde zwar das Gemeinwohl gestrichen, aber es ist inzwischen soweit von der Masse verinnerlicht worden, daß es im Gesetz nicht mehr notwendig schien. Wie selbstverständlich wird regelmäßig bei jedem Streik von der bürgerlichen Journaille ohne größere Proteste mit dem Hinweis auf ein "Gemeinwohl" gegen jeden Streik zu Felde gezogen.

¹ BVG, Nachrichten-Verlags-Gesellschaft, Ffm., 1972, Seite 14

² Ebda., Seite 14

Wie konnte es dazu kommen, dass die alten Verhältnisse, die zum Faschismus führten, die die Arbeiter zur vollkommenen Entrechtung und in den imperialistischen Krieg führten, daß die alten Flicks und Krupps wieder das Bild nach dem »1000jährigen Reich« bestimmten? Gab es keine Kämpfe der Arbeiter gegen den aus den Trümmern des 2. Weltkrieges neu entstehenden Kapitalismus? Heute wird der Eindruck erweckt, als sei es nach dem Krieg geradewegs, mit der selbstlosen Hilfe der alliierten Amerikaner, Briten und Franzosen - im Westen Deutschlands vom Hitlerfaschismus zum parlamentarischen Kapitalismus gegangen. Diese Darstellung verzerrt aber die Wahrheit total.

Die Jahre nach dem Krieg erlebten in der Tat nicht nur den Wiederaufbau, sondern auch Streikwellen gegen Hunger und für "Volkseigentum", die am 12. November 1948 kulminierten, als von insgesamt 11,7 Mio. Beschäftigten 9 Millionen in einen 24stündigen Streik traten - drei mal so viele Arbeiter wie in allen Streiks in den 20 darauf folgenden Jahren zusammen.

Hinter der Forderung nach Volkseigentum stand das Wissen, daß das Kapital, das kleine wie auch das große, gemeinsame Sache mit Hitler gemacht hatte, gar sein Steigbügelhalter war und daher sozialisiert werden müsse. Die Sozialisierungskampagne lief unter der Führung der KPD und beschränkte sich getreu der stalinschen Etappentheorie auf die Enteignung des Großkapitals. Das Bürgertum war wegen seiner Verkettung mit Hitler entsprechend desorientiert. Die Arbeiterklasse war daher die bestorganisierte Kraft. In einem Bericht der amerikanischen Historiker Almond und Kraus werden diese Verhältnisse deutlich:

»Fast ausnahmslos wurden die alliierten Truppen bei der Besetzung größerer deutscher Städte von Delegationen linker Antifaschisten empfangen, die fertige Programme, Kandidaten für die örtliche Verwaltung und Unterstützung bei der Durchführung der Entnazifizierung bereit hielten. Ihre Untergrundorganisationen hatten die Grundlage für eine rasche Rekrutierungskampagne vorbereitet.«³

³ Nach: Schmidt/Fichter, "Der erzwungene Kapitalismus", Berlin, 1971, Seite 9

Betriebsausschüsse und Betriebsräte, kontrolliert von der Arbeiterbasis, organisierten die Wiederaufnahme der Produktion. Sie führten zusammen mit den örtlichen Antifa Komitees die Entnazifizierung durch. Die Schwerindustrie und das Eigentum von Kriegsverbrechern wurde enteignet, diese Maßnahmen später aber von den alliierten Mächten wieder zurückgenommen. Am 19. April 1945, also einen Monat vor der offiziellen Kapitulation, fand bereits das erste Treffen der Betriebsräte aus sechs Ruhrstädten illegal statt. Gleichzeitig wurden die Antifakomitees verboten, bzw. von den Alliierten ihrer Kompetenz beraubt mit Ausnahme von Hannover. Hier hatte die SPD ihre einzige organisierte Untergrundarbeit im Faschismus durchgeführt und kontrollierte daher die Komitees. Die Verbote wurden also nur wegen der Führung durch die KPD ausgesprochen.

Die Versorgung mit Kohle ist nach dem 2. Weltkrieg in den europäischen Ländern zusammengebrochen. England und Frankreich waren dabei fast vollständig auf deutsche Reparationen angewiesen. Auch in die USA wurden 10-15 Mio. t geliefert, und das jeweils für 9,8 Dollar pro t, obwohl der Weltmarktpreis bei 20-22 Dollar zu jener Zeit lag. Um den Kohleabbau durchzuführen, mußten natürlich die anderen Waren zu jenen Zechen gelenkt werden. Im Herbst '46 brach die Lebensmittelversorgung fast völlig zusammen. Es kam zu Streiks, besonders der selbstbewußteren Bergarbeiter. Die britischen Militärbehörden befahlen Sonderschichten für die Reparationsleistungen.

Aber, »bei einer von den Betriebsräten gegen den Widerstand der Böckler-Gruppe (Neugründer und Vorsitzender des DGB) organisierten Urabstimmung sprachen sich, im November 1946, 89,9% der betroffenen Bergleute gegen die Sonderschichten aus und machten ihre eventuelle Zustimmung von der Sozialisierung der Kohlengruben und von der Volkskontrolle über die Nahrungsmittelversorgung abhängig«⁴.

Ebenfalls sprach sich bei einer Volksbefragung im Dezember 1946 in Hessen die Bevölkerung zu 72% für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie aus. Ein entsprechender Landesverfassungs-

⁴ Ebda, Seite 25

entwurf wurde jedoch durch die Alliierten gestrichen. Die Forderung nach Sozialisierung zumindest der Großindustrie hatte einen solch breiten Konsens, daß selbst die CDU diese Forderung auf ihre Fahnen schreiben mußte, um die Massen für sich gewinnen zu können. Im Februar 1947 kam es im gesamten Ruhrgebiet zu Streiks für bessere Lebensmittelversorgung und Sozialisierung. Die SPD (z.B. die Böckler-Gruppe in Köln) drohte den Streikunterstützern mit Ausschluß aus der Gewerkschaft. Sie lehnte im Düsseldorfer Landtag einen von 95 Betriebsdelegationen überbrachten Antrag von 100.000 Bergarbeitern nach »entschädigungsloser Enteignung« der kriegsverbrecherischen Kohlebarone an Rhein und Ruhr ab. Die Forderungen wurden radikaler, die Streiks weiteten sich aus. Am 1.4.1947 wurden britische Panzer in Braunschweig gegen 30.000 Streikende aller Betriebe eingesetzt. Die SPD sah sich zum westzonenweiten Gegensteuern gegen die Selbstinitiative der Arbeiter veranlasst:

»Hans Böckler veröffentlichte eine Anti-Streik-Resolution, in der er alle Streiks in der jetzigen Form verurteilte, da sie die Notlage nicht bessern könnten. Fritz Tarnow [Mitglied der Böckler-Gruppe, NN] erklärte auf dem Kongress der Landesgewerkschaften Bayerns 1947: "Die Uhr des privatkapitalistischen Systems" sei "abgelaufen", und deshalb seien solche Streiks, die die Überführung der Konzerne in Kommunaleigentum forderten, überflüssig. Von sozialdemokratischer Seite her wurde der KPD der Vorwurf gemacht, ihr Konzept der "antifaschistisch-demokratischen Umwälzung" enthalte nicht genügend weitreichende Sozialisierungsforderungen und ziele deshalb auf ein bürgerlich-parlamentarisches System, nicht aber auf eine sozialistische Gesellschaftsordnung ab, für die Planwirtschaft und Verstaatlichung der Produktionsmittel die notwendige Bedingung seien.«⁵

Mit verbalradikalen Vertröstungen auf einen Sozialismus übermorgen wurde wie immer von der SPD eine Unsinnigkeit der Sozialisierung heute begründet. Die paritätische Mitbestimmung war das erste Ergebnis dieser Streikwelle. Ebenso wie die Entflechtung der Konzerne, die natürlich in erster Linie der Stärkung der alliierten

⁵ Ebd., Seite 29

ten Konkurrenz diene, wurden diese Maßnahmen als Schritte hin zur Sozialisierung verkauft - Böckler sprach von einem großen Experiment mit ungewissem Ausgang. Große Worte für einen großen Verrat, denn die Maßnahmen waren nichts anderes als Maßnahmen zur Schaffung von Illusionen und Eindämmung der Streiks und um die reformistischen Kräfte auf die Seite des Kapitals zu ziehen.

Schumacher - der spätere SPD-Vorsitzende - sprach von einem »nicht überlebensfähigen Restkapitalismus«. Nach der SPD würde der automatische, zwangsläufige Weg zum Sozialismus keiner Streiks bedürfen, sondern nur der Hoffnung auf die Armee Großbritanniens und die dort regierenden Labour Party. Was eben die SPD am wenigsten brauchen konnte, waren streikende Arbeiter, die sich im Kampf emanzipieren und dabei ihre internationalistischen Interessen entdeckend sich einer kommunistischen Partei anschließen würden. Aber trotz des Verrats der SPD, trotz ihrer einlullenden Propaganda gingen die Kämpfe weiter. Am 23.1.1947 wird in Bayern ein 24-stündiger Generalstreik für die Lebensmittelerfassung durchgeführt. Die Gewerkschaftszeitung "Der Bund" berichtet am 14.2.1948:

»Die Erregung der arbeitenden Bevölkerung über das völlige Versagen der Ernährungswirtschaft hat das Nordrhein- und Ruhrgebiet zu einem brodelnden Kessel gemacht. Die berechnete Empörung der Massen machte sich in gewaltigen Streiks und Demonstrationen in allen größeren Industriegebieten Luft. Teils flammten diese Aktionen spontan auf, zum Teil aber vollzogen sie sich aufgrund von Funktionärsbeschlüssen und unter der festen Führung der örtlichen Gewerkschaften. Alle Streiks waren im voraus befristet und in der Regel auf die Dauer von 24 Stunden festgelegt.«⁶

Obwohl die SPD-Führung eine Theorie verbreitete, die auf Sozialpartnerschaft abzielte, sah sie sich durch den enormen Druck der Basis gezwungen, sich an die Spitze des Kampfes zu stellen und die Streiks mit zu organisieren. Aber nur, um sie gleich auf 24 Stunden zu begrenzen und damit den Streiks ihre Wirkung zu neh-

⁶ 'Vorant', Dez. 1988, Seite 7

men. Nur unbefristete Generalstreiks können natürlich die Kapitalisten und ihre Regierung beeindrucken..

Die Zerstörung des konstanten Kapitals, der Fabrikanlagen, durch den Krieg betrug nur 11,9%, und weitere 8,1% wurden durch die Alliierten demontiert - zusammen also nur ein Abbau der industriellen Kapazität um 20%. Die Produktivität war aber von 1939 bis Mitte 1943 um 65% gestiegen. Dennoch betrug der Reallohnindex gegenüber 1938 nur 50 - 60%. Was eben fehlte, war die Nachfrage. Deshalb änderte auch die Währungsreform im August 1948 erst einmal nicht viel an dem niedrigen Lebensstandard der Massen. 1948 stieg der Reallohn auf 64% und in 1949 auf 68% (von 1938). Mit der Währungsreform wurde ein Lohnstopp erlassen, damit ihre Wirkung nicht aufgehoben wurde. Die Löhne stiegen dann in der Folge nur um 15%. Die Preise aber schossen in die Höhe. Die Schaufenster waren voll, alle Waren vorhanden, nur die Arbeiterfamilien konnten sich die neuen Waren nach den langen Entbehnungen durch den Krieg nicht leisten. Diese Verhältnisse kennt man heute wieder, wie sie zuerst in den schwächeren kapitalistischen Staaten, den bürokratischen staatskapitalistischen, aufgetaucht sind. Was es 1948 aber nicht gegeben hat, war ein finanzstarker Kapitalgeber wie heute die BRD für die DDR. Es kam trotz Währungsreform zu Streiks und Demonstrationen. In Frankfurt protestierten z.B. 50.000, in München 100.000, in Düsseldorf mehrere 10.000 Arbeiter usw. In Stuttgart gingen Schaufenster von Luxusläden kaputt. In Münster wurde wegen des Drucks von unten ein 48-Stunden Generalstreik für die Westzone beschlossen. Die Gewerkschaftsführer der amerikanischen Zone forderten aber die Reduzierung des Streikes auf 24 Stunden, wozu es dann am 12.11.1948 kam. Dabei wurden folgende Forderungen erhoben.

- Planung und Lenkung im gewerblich-industriellen Sektor, insbesondere für Rohstoffe, Energie und Kredite sowie für den Außenhandel und den Großverkehr.
- Überführung der Grundstoffindustrie und Kreditinstitute in Gemeinwirtschaft

- Demokratisierung der Wirtschaft und gleichberechtigte Mitwirkung von Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

Die SPD gab sich verbal radikal, um die Führung in den Kämpfen zu behalten. Schumacher erklärte 1946 den »Sozialismus zur Tagesaufgabe« und er kritisierte die KPD, daß sie mit ihrem Konzept der »antifaschistisch-demokratischen Übergangsperiode« ein offenes Bekenntnis zum 'freien' Handel und zum Unternehmertum betreibe. Die KPD gab natürlich mir ihrer rechten ebenfalls reformistischen Politik genügend Möglichkeiten für Schumachers Scheinradikalismen. Dass sich bei seinen Angriffen nur um Täuschungsmanöver handelte, zeigen die bisher aufgezeigten Verrätereien der SPD. Er erkannte zwar die Realität des Klassenkampfes an, natürlich um den Einfluß in der Arbeiterklasse nicht zu verlieren, sah aber in ihm »theoretisch und praktisch nur ein traditionelles Gebilde«. In einer Rede zur Annahme des Marshall-Planes als ein »großes Hilfswerk von Amerika« zeigte Böckler die Tagesaufgabe zum Aufbau des Kapitalismus auf:

»Wenn wir uns diesen Notstand, der einen unerträglichen Grad angenommen hat, vergegenwärtigen, so finden wir: es erwächst daraus für jeden einzelnen von uns sowie auch für die Führer der Gesamtheit die Verpflichtung, nichts zu unterlassen, was geeignet ist, uns von diesem unerträglichen Elend zu befreien. Unsere Wirtschaft muß um jeden Preis - koste es was es wolle - wieder in Gang gesetzt werden. Wir dürfen dem Hunger nicht weitere Opfer bringen.«⁷

Nach dem Novemberstreik gab es kleine Zugeständnisse der Entflechtung der Konzerne, der Lohnstop wurde aufgehoben, die Montanmitbestimmung eingeführt. Mit der weiteren Hilfe der Alliierten und den vom Marshall-Plan gezeitigten Ergebnissen konnte die Sozialdemokratie die Arbeiter wieder an die Werkbank zurückbringen. Natürlich waren die Massen spontan in der Lage, zu streiken, zu demonstrieren, sich mit Panzer bewehrten Alliierten zu schlagen, ihren Ekel gegen die neu entstehenden Luxusgeschäfte Luft zu machen oder die Kriegsverbrecher-Kapitalisten auszusperr-

⁷ Der Bund, Jg. 1, 1947

ren. Sie waren aber nicht in der Lage, sich unter einer neuen Idee zu organisieren. Es gab zwar in einigen wenigen Orten Arbeiterparteien links von der KPD, wie die KPO (Kommunistische Partei Opposition), die SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) oder die UAP (Unabhängige Arbeiterpartei). Sie waren aber wegen ihrer lokalen Begrenzung und zentristischen Politik keine wirklichen Alternativen. Sie besaßen keine Potenz zum quantitativen Wachsen, da sie keinen Kristallisationspunkt bildeten. Die spätere UAP z.B.

»orientierte sich zwar an den Arbeiterinteressen und versuchte, zu einigen Punkten klare Stellung zu beziehen. Insgesamt aber widerspiegelt die Grundsatzklärung (von 1951) nur die Schwächung einer Gruppierung, die als ein Zusammenschluss politisch heterogener Teile mit dem Anspruch, eine reale und umfassende Alternative zu KPD und SPD zu bilden, auftritt, ohne die dafür erforderliche Verankerung zu haben und haben zu können. Gewichtige Teile der UAP scheinen zudem der Ansicht gewesen zu sein, daß die bloße Propaganda für die gegen Reformismus und Stalinismus stehende Linie und für einige grundlegende Forderungen genügen würde, um Kreise der Arbeiterschaft anzusprechen.«⁸

Es fehlte also die revolutionäre Alternative, die organisierte Kraft um eine sozialistische Theorie. Nur sie wäre in der Lage gewesen, die reformistischen Fußangeln von SPD und KPD zu durchschauen und unabhängige Wege aufzuzeigen. Eine klare marxistische Theorie hätte es sicher verhindert, daß die Arbeiter so einfach wieder in die Betriebe hätten zurückgelockt werden können.

Die KPD diente mit ihrem Modell der »antifaschistischen-demokratischen Übergangsperiode« nur noch den stalinistischen Großmachtinteressen. Sie gab sich zwar militant, da die UdSSR als Konkurrent zur USA auftrat und sie den Einfluß gewinnen wollte. Man darf aber Militanz nicht mit revolutionär verwechseln, und dies war die KPD mit ihren Vorstellungen ganz gewiß nicht. Und diese Einflußnahme bis zum Frühjahr 1947 erfolgte sogar noch unter dem 'Status Quo':

⁸ Kulemann, "Die Linke in Westdeutschland nach 1945", Hannover 1978, Seite 75

»Etwa achtzehn Monate lang, vom Herbst 1945 bis zum Frühjahr 1947, bestand ein internationales Patt. Für den Augenblick wollte weder die Sowjetunion noch die USA das Arrangement, auf das man sich in Jalta geeinigt hatte, in Frage stellen. Die Sowjetunion begann, sich von ihren schrecklichen Kriegsverlusten zu erholen, während die Vereinigten Staaten langsam ihre ökonomische Expansion nach Europa und anderswohin vorantrieben. Zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien hatte eine Periode tastender friedlicher Koexistenz begonnen. Die Sozialdemokraten hielten es für möglich, daß die KPs sich im sozialdemokratischen Sinn gewandelt hatten und wieder in den politischen Hauptstrom eingegliedert werden konnten; die KPs warteten unterdessen ihre Zeit ab. Wo immer sich die Möglichkeit bot, strebten die KPs die Beteiligung an Koalitionsregierungen an. Unter den Ländern, die Anfang 1947 KP-Minister hatten, waren Österreich, Belgien, Frankreich, Island, Italien, Chile und Finnland. Das Schema - **Unterstützung der Produktion und Opposition gegen Streiks** - war überall ähnlich.«⁹

Wie die Amerikaner, die die örtlichen Komitees kurzerhand auflösten, ordnete auch Walter Ulbricht als Führer der gesamtdeutschen KPD die Auflösung der spontan gebildeten Gruppen an.

»Die KPD gab ein Programm heraus, das den Namen Marx nicht erwähnte, und wies ihre Mitglieder nachdrücklich an, das Absingen der Internationale zu unterlassen und keine "sektiererischen" Phrasen zu benutzen.«¹⁰

Bis zum Ende der Status-Quo-Epoche setzte die US-Administration gleichfalls auf die KPD zur Durchsetzung des Wiederaufbaus des Kapitalismus. Während des 2. Weltkrieges in der Roosevelt-Ära wurden Verstaatlichungen durchgeführt - genannt "New-Deal" - zwecks Kontrolle der Rüstungsproduktion. Der aus dieser Zeit stammende amerikanische staatskapitalistische Verwaltungsapparat wollte anfangs mit der sowjetfreundlichen CIO-Gewerkschaft den von dieser erarbeiteten Grassrout-Plan in Deutschland umsetzen.

⁹ Birchall, "Arbeiterbewegung und Parteiherrschaft", Gießen 1977, Seite 48

¹⁰ Ebda., Seite 41

Dieser Plan sah den Wiederaufbau des deutschen Staates von unten vor:

»Weiter sind wir der Auffassung, das die Gewerkschaftsbewegung bei all den Vorkehrungen, um durch deutsche Rohstoffe und deutsche Arbeitskräfte alles das, was von Deutschland in den von ihm mit Krieg überzogenen Ländern zerstört worden ist, wieder herstellen zu lassen, zur Mitberatung herangezogen werden soll...«¹¹



Die USA plante also den Wiederaufbau nicht aus uneigennützigen Gründen, sondern zuerst deshalb, damit Deutschland die Reparationen leisten könne. Weiter natürlich auch, um einen Bündnispartner gegen seinen Konkurrenten UdSSR aufzubauen. Dies wurde 1951 nach dem Beschluss zur Rüstungswirtschaft in dem "Gesetz für Sicherungsmaßnahmen auf einzelnen Gebieten der ge-

¹¹ M. Fichter, "Besatzungsmacht und Gewerkschaften", Opladen 1982, Seite 46

werblichen Wirtschaft" deutlich. Die 'Neue Zeitung' (Nr. 60 vom 12.3.51) aus München schreibt dazu:

»Mit diesen Anordnungen erfüllt die Bundesregierung ihre im Zusammenhang mit der Revision des Besatzungsstatus gegebene Zusicherung, an der Verteilung der für die gemeinsame Verteidigung des Westens wichtigen Rohstoffe mitzuwirken,«¹²

Es herrschte seitens der USA Misstrauen gegen die vor Hitler kapitulierten Politiker vor, darunter auch gegen die SPDler. Es wurde allen Deutschen eine Kollektivschuld zugesprochen und der OSS, der CIA-Vorgänger, setzte mehr auf die aus Moskau gesteuerte KPD und arbeitete erst mit dieser ein "Umerziehungsprogramm" zum "Antifaschismus" aus.

¹² "Weißbuch über die am.-engl. Interventionspolitik", Leipzig 1951, Seite 87

ARBEITER der Stirn und der Faust!

Wir stehen am Anfang einer Zeitenwende!
Das bürgerlich-kapitalistische Zeitalter ist vorbei!
Dem Sozialismus gehört die Zukunft!

Doch wahrer Sozialismus heißt nicht Kollektivismus,
verantwortungsbewußter Sozialismus

nicht Vermassung!

ARBEITER!

Bist Du für eine sinnvoll gelenkte Planwirtschaft?
Bist Du für einen gerechten Ausgleich der Kriegslasten?
Bist Du für eine soziale Preis- und Lohnpolitik?

Dann kämpfe mit uns

für einen Sozialismus aus christlicher Verantwortung,
für vollste Freiheit der Persönlichkeit,
für echte demokratische Selbstverwaltung!

ARBEITER!

Darum hinein in die

**CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
UNION DEUTSCHLANDS**

Landesverband Berlin, W 8, Jägerstraße 59-60

hinein in die

große deutsche sozialistische Volkspartei!



Noch ein bürgerlicher Rattenfänger in einem sozialistischem Mäntelchen. Merke: Nicht jeder, der sich "Sozialist" nennt, ist auch schon einer!

Der Plan, den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft von unten im Interesse der USA mit Hilfe der KPDler, die man aus der Zusammenarbeit in der amerikanischen Emigration kannte, durchzuführen, wurde aber kurz nach dem Einmarsch wieder fallen gelassen, erstens weil die Selbsttätigkeit der Betriebsbasis zu schnell außer Kontrolle geraten könne und zweitens, weil es innerhalb der amerikanischen Administration zwischen der staatskapitalistischen und der privatkapitalistischen Fraktion Auseinandersetzungen gab. Die privatkapitalistischen Kräfte innerhalb der OSS/CIA, die den OMGUS - den Verwaltungsapparat innerhalb der Militärkräfte - kontrollierten, setzten sich letztlich durch und ließen die Linken ab dem Einsetzen des "Kalten Krieges" fallen bzw. bekämpften sie. Es wurde dann mit Hilfe der rechten moskaufeindlichen AFL-Gewerkschaft mit der SPD zusammengearbeitet und die Entwicklung von unten, die Antifakomitees und die Betriebsräte, bekämpft.

Die Amerikaner waren sich mit der SPD darin einig, daß die Betriebsräte nicht die Vertretungsorgane der Arbeiter sein sollten (Das war auch viel zu gefährlich: Arbeitervertreter, aber noch keine "klassenübergreifende" Parlamentsvertreter zu haben), sondern vielmehr nur Vermittlungsorgane zwischen Kapital und Arbeit, so, wie es dann auch 1952 im BVG gesetzlich verankert wurde und heute noch gilt. Gleichermäßen stammt aus dieser Zeit noch das in den DGB-Statuten verankerte Prinzip der Trennung von Politik und gewerkschaftlichem Kampf.

Der massive, mit allen Mitteln geführte gemeinsame Kampf von CIA, SPD und KPD gegen die Selbsttätigkeit der Arbeiter führte dann schließlich zum totalen Erfolg des Kapitals. Obwohl nach dem Krieg die allgemeine Stimmung bis hinein in die CDU gegen die kompromittierten Kapitalisten war, wurde diesen dann mit dem Gesetz Nr. 27 vom 14.9.1950 über die Rückführung des Industrieigentums an die Altbesitzer in der Durchführungsverordnung Nr. 1, nach dem die Vorstände der zu liquidierenden Konzerne selbst die Liquidierung (Entflechtung) vornehmen sollten, ihr altes Kapital wieder zurückgegeben¹³. Das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 setzt sich aus lauter Knebelparagraphen zusammen. Trotz des

¹³ Eberhard Schmidt, "Die verhinderte Neuordnung", Ffm. 1970, Seite 177

massiven Verrats von allen Seiten gab es gegen dessen Einführung noch massenweise Proteste:

»Nach dem ergebnislosen eintägigen Generalstreik vom 12. November 1948 für das von der Gewerkschaftsführung bereits arg zusammengestrichene Verfassungsprogramm und wirtschaftliche Verbesserungen, der von vornherein als begrenzte Aktion geplant war und an dem sich 9 Millionen Lohnabhängige beteiligten, wurde 1949 bis 1952 die Kampagne um die Neuordnung der Wirtschafts- und Betriebsverfassungsgesetze geführt. Ende 1950 und Anfang 1951 stimmten 95,9 % der organisierten Metaller und 92,8% der organisierten Bergarbeiter in Urabstimmungen für Kampfmaßnahmen für die paritätische Mitbestimmung. Im Frühjahr 1952 wurden Massendemonstrationen und Warnstreiks, darunter ein zweitägiger Streik der Drucker, gegen die Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes durchgeführt...«¹⁴

Die Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes geschah also nicht, um den Arbeitern Kampfrechte in den Betrieben zu geben, sondern geschah im Gegenteil, sie von Kämpfen abzuhalten. Es kam im Jahre 1952 nochmals zu 443.000 Ausfalltagen. Der wirtschaftliche Aufschwung und die reformistischen Fesseln seitens der SPD und der KPD führten zu 20 Jahre Sozialpartnerschaft und Kampfesruhe, die erst wieder 1972 nach Studentenrevolten und ersten Krisenerscheinungen zu 4,5 Mio. Streikausfalltagen führten. Der Aufschwung war nicht das Ergebnis von einfacher Wiederankurbelung. Auch heute wird zur Machbarkeit des Wirtschaftsaufschwunges immer argumentiert, man bräuchte nur die Ärmel hochkrepeln und dann lief alles schon. Es gab genug Bedarf, Kapazitäten, genug Arbeitskräfte, Know-How, Infrastruktur, Produktivität und die Währungsreform. Dennoch blieb die Nachfrage und damit der Wirtschaftsaufschwung bis 1953 aus. Erst mit dem Einsetzen des Korea-Krieges stieg weltweit die Nachfrage und wurde die Wirtschaft angetrieben.

Das unternehmerfreundliche BVG, auch 1972 nicht wesentlich von der SPD verändert, trug mit seinen Teil dazu bei, daß die Bindung der Arbeitermassen an die Sozialdemokratie in der BRD bis

¹⁴ Kuleman, "Die Linke..", Seite 52

heute nicht durchbrochen werden konnte. Die Streiks nach '45 zeigen, daß auch die moderne Arbeiterklasse kämpfen kann. Die Unsinnigkeit der Dauerfrage der Ex-Linken, ob die Arbeiterklasse noch kämpfen kann und will, zeigt sich hier in aller Deutlichkeit. Sobald es notwendig wird, weiß sie zu kämpfen und wie Abwehrkämpfe zu organisieren sind. Dies hat sie bereits tausendmal spontan bewiesen und wird es weiter beweisen - deshalb weiter, weil sich an den grundsätzlichen Widersprüchen zwischen Kapital und Arbeit nichts geändert hat. Wir erleben heute geradezu frappant Parallelitäten zwischen den Verhältnissen nach dem Krieg und denen in den Ostländern. Die Arbeiterklasse kann spontan das Alte zerschlagen, weiß aber nicht spontan, was statt dessen aufgebaut werden soll, da sie ihr objektives Interesse nicht schon heute leben kann. Sie kann sich nur befreien, wenn sie die Lohnarbeit und damit sich selber als Klasse abschafft¹⁵. Deshalb muß den Weg für die Zukunft eine mit klaren Prinzipien ausgestattete kommunistische Partei aufzeigen. Dem irreführenden Verrat der Reformisten kann man nicht spontan begegnen, sondern nur mit einer klaren Theorie, die sich auf die gesamte Erfahrung der Arbeiterbewegung stützt.

Wenn man die marxistische Methodik als Lösung zum Überleben der Menschheit überprüfen will, ist es müßig, ständig zu hinterfragen, ob die Arbeiterklasse ihrer historischen Aufgabe als revolutionäres Subjekt noch gerecht werden wird. Das hat sie hundertmal und auch 1948 bewiesen und wird es auch weiter beweisen (müssen). Nein, der Führung, der Partei muß die Frage gelten, und der Aufbau der Partei ist bis zu der Frage der Verankerung in der Klasse - wenn also die Massen auf Grund ihres Kampfes und der Unterstützung durch die Partei gewonnen werden sollen - eine Sache von Individuen und heute zuerst der Intellektuellen. Diese sind 1948 den Reformisten der SPD und der KPD nachgelaufen, nicht die Arbeiter. Diese mußten sich dann schließlich mangels Alternative den bürgerlichen Arbeiterparteien unterordnen. Die Frage muß also vielmehr lauten, schaffen es die Intellektuellen, sich die authentische marxistische Theorie wieder anzueignen und sich unter ihrem Banner zusammenzuschließen. Ihr Hinweis auf die Arbeiter

¹⁵ vgl. LO Nr.2, Seite 5

ist nur eine Ablenkung von ihrer Unfähigkeit, die Theorie ausschließlich mit der marxistischen Methode zu erarbeiten. Statt dessen flüchten sie sich in die Geborgenheit des bürokratischen Überwärters Moskau oder versuchen, noch seinen Schatten zu erhaschen. Die Kämpfe von 1948 beweisen, daß die Frage nach dem Handeln der Intelligenz gelten muß und nicht den Arbeitern.

Heute haben wir ähnliche Verhältnisse in den Ostländern. Dunkle Wolken über Gesamtdeutschland und die gesamte Welt ziehen bereits am Horizont auf. Will die Intelligenz dann wieder wie 1948 nackt dastehen und zusehen, wie die Energien der Arbeiter statt in den konstruktiven Aufbau einer neuen Welt in den reformistischen Motor, mit dem die letzten Zuckungen des Kapitals noch angetrieben werden, abgelenkt werden?